

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge

2 Antragsteller: SPD-Landesvorstand

3 Antrag: A1

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6

7 **Für die Einführung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres**

8

9 1. Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag

10 Der SPD-Landesparteitag spricht sich für die Einführung des beitragsfreien letzten Kindergar-
11 tenjahres aus. Der Bund setzt die Länder durch eine Besserstellung beim Finanzausgleich in die
12 Lage, die Beitragsfreiheit für die Kommunen kostenneutral umzusetzen.

13

14 2. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, gemeinsam mit SPD-Fraktionen anderer Bun-
15 desländer und der SPD-Bundestagsfraktion ein verpflichtendes und beitragsfreies Bildungsange-
16 bot ab 5 Jahren zu prüfen, das zugleich das Betreuungsbedürfnis erfüllt und an das bestehende
17 Netz an Kindertagesstätten anknüpft und es weiterentwickelt.

18

19 Begründung:

20

21 1. Die Ergebnisse der PISA-Studie haben gezeigt, dass ein zentrales Problem in Deutsch-
22 land die schlechte frühkindliche Förderung ist. Die Kindertagesstätten haben einen
23 Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsauftrag. Gerade im letzten Jahr vor der Einschulung
24 kann versucht werden, unterschiedliche Lernstände auszugleichen und Rückstellun-
25 gen bei der Einschulung zu vermeiden.

26 2. Für die Bildung auch im Vorschulalter darf der Geldbeutel der Eltern keine Rolle spielen
27 und muss eine Beteiligung von 100 % der Kinder angestrebt werden.

28 3. Es ist unverständlich und ungerecht, dass die Schul- und Hochschulausbildung kostenlos
29 ist, aber die für die Kinder wichtigste Lernphase Beiträge der Eltern verlangt.

30 4. Die Erhöhung des Kindergeldes um 10 € verursacht Kosten in Höhe von 2 Mrd € Die
31 Kosten für die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres liegen bei rund 650 Mio €

32

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge

2 Antragsteller: OV-Premnitz

3 Antrag: B 1

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7 **Eigenverantwortung fördern – Kommunale Selbstverwaltung durch Reform der**
8 **Finanzzuweisungen stärken**

9

10 SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung werden aufgefordert im Rahmen der Fortentwick-
11 lung des Gemeindefinanzierungs- zu einem Finanzausgleichsgesetz (FAG) den Anteil der zweck-
12 gebundenen Ressortfördermittel zugunsten allgemeiner, nicht gebundener Finanzzuweisungen
13 für die Kommunen umzuschichten. Im Zuge dieser Umsichtung soll zugleich den Fachressorts
14 eine Konzentration auf klassische ministerielle Aufgaben ermöglicht werden. Damit wird
15 zugleich ein Beitrag für die notwendige Neustrukturierung der Landesverwaltung geleistet.

16

17 Die SPD bekennt sich mit diesem Beschluss noch einmal ausdrücklich zur Stärkung der lokalen
18 Demokratie und der Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten, Gemein-
19 den und Landkreisen.

20

21 **Begründung**

22 Die anstehende Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleiches bietet die einmalige Ge-
23 legenheit, auch in Zeiten knapper Kassen die Leistungsfähigkeit und den Entscheidungsspiel-
24 raum der Kommunen zu vergrößern. Bisher zeichnen sich die Finanzbeziehungen in Branden-
25 burg im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern durch ein starkes Übergewicht zweck-
26 gebundener Zuweisungen aus. Dadurch ist der lokale Entscheidungsspielraum erheblich einge-
27 schränkt; oftmals wird eigentlich kommunales Handeln so durch die Ministerien bestimmt. Dies
28 gilt u.a. für kommunale Investitionen und Bautätigkeit.

29

30 Bei der Durchführung und Kontrolle der Maßnahmen entstehen aufgrund dieses Verfahren
31 Doppelzuständigkeiten und -arbeiten, die sowohl die Kommunen als auch die Ministerien unnö-
32 tigt belasten. In diesem Zusammenhang ist auch noch einmal an den unbedingt notwendigen Ab-
33 bau von Normen und Standards zu erinnern.

34

- 1 Zentrales Ziel ist jedoch die Stärkung der lokalen Demokratie, denn nur starke Kommunen mit
- 2 engagierten Bürgerinnen und Bürgern sind die Voraussetzung für eine dauerhaft erfolgreiche
- 3 Entwicklung des ganzen Landes.
- 4

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge

2 Antragsteller: SPD-Landesvorstand

3 Antrag: I 1

4 Der SPD - Landesparteitag möge beschließen:

5

6 **Für eine konsequente Fortsetzung der Bildungsoffensive**

7

8 Der Landesparteitag spricht sich für die konsequente Fortsetzung der Bildungsoffensive
9 des Landes Brandenburg aus.

10 Er fordert den Landesvorstand, die SPD-Fraktion und die in Verantwortung stehenden
11 SPD-Minister auf, dabei folgende 10 Punkte in den Mittelpunkt zu stellen.

12

13 1. Verstärkung des Bildungsauftrages der Kindertagesstätten durch die Entwicklung
14 und Vereinbarung pädagogischer Standards und die Verbesserung und Aufwer-
15 tung der ErzieherInnenausbildung.

16

17 2. Stärkung der sechsjährigen Grundschule durch die Weiterführung der Differen-
18 zierung in den Jahrgangsstufen 5 und 6, durch Vergleichsarbeiten in den Jahr-
19 gangsstufen 3 und 5 und die Erarbeitung neuer Rahmenlehrpläne. Frühzeitigere
20 Einschulung durch flächendeckende Ausweitung der flexiblen Eingangsphase, in
21 der je nach Leistungsfähigkeit die Eingangsphase in ein, zwei oder drei Jahren
22 verbracht werden kann.

23

24 3. Ausbau von schulischen Ganztagsangeboten durch die Einführung des Modells
25 „Volle Halbtagsgrundschule“, die verbesserte Kooperation von Schule und Hort
26 und die Ausweitung von Ganztagsangeboten im Bereich der Sekundarstufe I auf
27 mindestens 50 % der Schulen.

28

29 4. Einführung des Modells der Schulzeitverkürzung nach der sechsjährigen Grund-
30 schule, das perspektivisch allen Schülerinnen und Schülern, die das wollen und
31 können die Möglichkeit eröffnet, nach 12 Jahren das Abitur abzulegen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

5. Reform der Strukturen und der Inhalte der Lehrerbildung durch Integration der Phasen und erhöhte Praxisanteile. Im Bereich der Fortbildung sollte ein neuer Schwerpunkt in der Entwicklung einer neuen Gesprächskultur an den Schulen gesetzt werden.

6. Zügige Fortsetzung der Einführung des Faches LER durch den Abschluss der Einführung in der Sekundarstufe I, schrittweise Einführung in den Jahrgangsstufen 5 und 6 in der Grundschule, Einrichtung einer grundständigen Lehrerbildung für das Fach LER an der Universität Potsdam und Erstellung des Rahmenlehrplanes.

7. Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems im ländlichen Raum und Erhalt von Schulstandorten in Grundzentren durch Absenkung auf eine Mindestingangsfrequenz von 30 Schülern.

8. Stärkere Betonung von Fördern und Fordern aller Schülerinnen und Schüler gemäß ihrer individuellen Fähigkeiten und Neigungen. Besondere Förderung von lernschwächeren Schülern durch Konzepte zur Reintegration von Schulverweigerern, Verstärkung der Angebote des Praxislernens und die Flexibilisierung der Übergangsphase in den Beruf.

9. Einbringung von Initiativen in die Bundes-SPD und die Kultusministerkonferenz für eine längere gemeinsame Schulzeit und ein länderübergreifendes Kerncurriculum.

10. Abschluss von Erziehungsbündnissen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus zu verbessern.

1 **SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge**

2 **Antrag: C 1**

3 **Antragsteller: AfB Brandenburg**

4
5
6
7 **Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:**

8
9 In Konsequenz der jüngeren nationalen und internationalen Diskussion um den Stellenwert der
10 Bildung in heutiger Gesellschaft, zuletzt verschärft durch die Ergebnisse von PISA spricht sich
11 der Landesparteitag für eine Neubestimmung der Bildungspolitik in Brandenburg aus.

12
13 Er fordert den Landesvorstand, die SPD-Fraktion und die in Verantwortung stehenden SPD-
14 Minister auf, darauf hinzuwirken,

15
16 dass

- 17
- 18 1. für alle Schülerinnen und Schüler im Rahmen der 10-jährigen Schulpflicht eine mindes-
19 tens neunjährige gemeinsame Schulzeit gewährleistet ist, - 20
21 2. der Bildungsgang Allgemeine Hochschulreife in 12 Jahren absolviert werden kann.
 - 22
23 3. das Schulsystem stärker unter dem Gesichtspunkt der Forderung und Förderung statt der
24 Selektion gestaltet wird, damit alle Schülerinnen und Schüler sich gemäß ihrer individu-
25 ellen Fähigkeiten und Neigungen entwickeln können,
 - 26
27 4. als Regelform Ganztagschulen – vordringlich im ländlichen Raum – vorzuhalten sind,
 - 28
29 5. innerhalb der Bundes-SPD und der Kultusministerkonferenz ein Umdenkungsprozess
30 initiiert wird, die längere gemeinsame Schulzeit der Schülerinnen und Schüler und ein
31 Kerncurriculum über die Ländergrenzen hinweg zu vereinbaren.

32
33 Wegen der besonderen demographischen Entwicklung in Brandenburg spricht sich der Landes-
34 parteitag dafür aus, die Sekundarschule als ersetzende Schulform für die Gesamtschule ohne
35 gymnasiale Oberstufe und die Realschule einzuführen, um ein qualifiziertes Bildungsangebot in
36 der Sekundarstufe I insbesondere im ländlichen Raum zu gewährleisten.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26

Begründung:

Die Ergebnisse der PISA – Studie zeigen auf, dass eine lange und vor allem gemeinsame Schulzeit für das Leistungsniveau der Schülerschaft förderlich ist.

Brandenburgische sozialdemokratische Bildungspolitik will fördern statt auslesen. Nicht eine weitere Differenzierung und Abschottung von Schultypen, nicht alt her gebrachte Mittel und Instrumente der Selektion weisen den Weg hin zu einem innovativen und gerechten Schulsystem.

Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik muss der bedarfsgerechte Ausbau der vorschulischen und schulischen Ganztagsangebote stehen. Der damit erweiterte Zeitrahmen eröffnet die Möglichkeit zu einer früheren, intensiveren und damit auch dem individuellen Entwicklungsstand der Kinder angemesseneren Förderung im gesamten Begabungsspektrum. Vor allem aber bietet dieses System sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen mehr Bildungschancen und fördert die Chancengleichheit. Mit der Stärkung der vorschulischen Erziehung gewährleisten wir unseren Kindern eine frühzeitige Förderung. Diese muss verstärkt mit der Grundschule verzahnt werden, um so den Kindern entsprechend ihrem individuellen Entwicklungsstand den Einstieg in die Schule zu erleichtern.

Darüber hinaus ist es notwendig, einen länderübergreifenden Bildungskanon zu entwickeln, der Mindest-Lernziele in einzelnen Fächern formuliert, deren Erreichung durch vergleichende Evaluationen überprüft wird. Dieses kann einen Beitrag für eine Weiterentwicklung der Unterrichts- und Aufgabekultur zur Vermittlung der grundlegenden Kompetenzen im sprachlichen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Bereich leisten.

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge

2 Antrag: C 2

3 Antragsteller: SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der SPD Landesparteitag möge beschließen:**

6

7 Der SPD Landesverband und die SPD Landtagsfraktion werden aufgefordert, unverzüglich
8 ein bildungspolitisches Reformkonzept zur Aufarbeitung der nicht erst durch die PISA – Stu-
9 die offenbaren Mängel des deutschen Schulsystems vorzulegen und mit der Umsetzung noch
10 in dieser Legislaturperiode zu beginnen.

11

12 Schwerpunkte dieses Reformkonzeptes sollen insbesondere sein:

13

14 1. Qualifizierung der Kindertagsbetreuung zu einer kindgerechten Bildung beginnend in
15 der Kinderkrippe durch

16

a) Erstellung eines Rahmenlehr- und lernplanes für Kindertagesstätten,

17

b) Umfassende Qualifizierung des pädagogischen Personals der Kindertagesstätten
und der Verbesserung der Erzieherinnenausbildung

18

19 c) Entwicklung und Ausbau praxisbegleitender Hilfen und Therapieangebote (z.B.
20 Logopädie, Ergotherapie) sowie der Elternberatung

21

d) Deutliche Verbesserung des schlechten Personalschlüssels des Kita – Gesetzes

22

e) Verstärkte Investitionen im Kita - Bereich und erklärter Verzicht von Land und
23 Kommunen auf weitere Kürzungen

24

25 2. Stärkung der Chancengleichheit, individueller und differenzierter Förderung der Schüle-
26 rinnen und Schüler in den Grundschulen durch,

27

a) Behebung des Missverhältnisses der Finanzierung der Schulstufen durch umfäng-
28 liche Umschichtung der Ausgaben im Landeshaushalt zugunsten der Grundschu-
29 len

30

b) Umfassende Qualifizierung des pädagogischen Personals der Grundschulen und
31 Verbesserung

32

Der Lehrerausbildung

33

c) flächendeckende Ausweitung des erfolgreichen Schulversuches der flexiblen Ein-
34 gangsstufe mit ihren Fördersystemen zur Regelschulform

1 d) Erhalt der sechsjährigen Grundschule und Verzicht auf vorzeitiger Selektion der
2 Schüler
3 (Schnellläuferklassen ab Jahrgangsstufe 4) nach dem Grundsatz : Fördern statt
4 Auslesen !

5

6 Begründung:

7 Die PISA – Studie hat dem deutschen Schulsystem eine eklatante soziale Ungerechtigkeit und
8 große Defizite in der frühen Grundlegung von Basiskompetenzen in Kita und Grundschulen
9 bescheinigt.

10 Neben vielen notwendigen weiteren Reformaufgaben (Ganztagschule, Reform der Lehrerbil-
11 dung, Schaffung eines bundesweiten Kerncurriculums, Einrichtung eines bundesweit zuständigen
12 unabhängigen wissenschaftlichen Evaluationsinstituts für Fragen der Schulqualität u.s.w.) kommt
13 der Reform in Kita und Grundschule besondere Bedeutung und Dringlichkeit zu.

14

15

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge

2 Antrag: C 3

3 Antragsteller: SPD-Unterbezirk Prignitz

4

5

6 Der Parteitag möge für die Schulentwicklung im ländlichen Raum folgendes beschließen:

7

8 1. Im Sek-1-Bereich macht sich eine ausschließliche Zweigliedrigkeit erforderlich, um so

9 zu verhindern, dass auf Grund eines gewissen Konkurrenzkampfes zwischen den

10 Schulformen die meisten Schulen im ländlichen Raum zeitversetzt schließen.

11 2. Die Landkreise müssen entscheiden dürfen, welche Schulen fortbestehen bzw. wel-

12 che geschlossen werden müssen.

13 3. Um die schlimmsten Phasen für den Erhalt von Schulstandorten zu überstehen, wer-

14 den die Schülerzahlen vorübergehend auf 30 abgesenkt.

15

16

17 Begründung:

18 Die zurückgehenden Schülerzahlen insbesondere in den Randregionen sind Anlass zu erns-

19 ter Sorge. Schließen von Schulen wird unumgänglich sein. Es ist darüber nachzudenken, wie

20 die ländlichen Bereiche, z.B. die Prignitz und die Uckermark, politisch so zu unterstützen

21 sind, dass möglichst viele Schulen schülerfreundlich erhalten bleiben können. In der Praxis

22 hat sich das dreigliedrige Schulsystem in den ländlichen Kreisen nachteilig ausgewirkt. Ge-

23 samtschulen ohne gymnasiale Oberstufe werden in der Regel schlechter angenommen als

24 Realschulen, obwohl auf dem Land die Schülerklientel sich kaum unterscheidet. Selbst in

25 den Publikationen unseres Landes spricht man vom Realschulabschluss, obwohl es diesen

26 nach dem Schulgesetz gar nicht gibt.

27

28 Deutliche Unterschiede der beiden Schulformen (Realschule/Gesamtschule) sind selbst im

29 Schulgesetz § 20 und § 22 nicht erkennbar. Der § 20 Abs. 3 für die Gesamtschule lautet:

30 „Wer die Sekundarstufe 1 in der Gesamtschule mit Erfolg abschließt, erwirbt entsprechend

31 seinen Leistungen die – **erweiterte Berufsbildungsreife** -, die – **Fachoberschulreife** – o-

32 der die – **Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe** -. Bei Vorliegen der Vor-

33 aussetzungen für eine Versetzung in die Jahrgangsstufe 10 wird die **Berufsbildungsreife**

34 erworben.

35

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge

2 Antragsteller: Unterbezirk Oberspreewald-Lausitz

3 Antrag: C 4

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 **Sicherung der Qualität der Schulbildung und eines erreichbaren umfassenden Bildungs-**
7 **angebotes im ländlichen Raum**

8

9 **Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, durch umgehende Änderung des Schulgesetzes**
10 **die "Sekundarschule" als beide Bildungsgänge der Sekundarstufe I (erweiterte Berufsbil-**
11 **dungsreife (EBR) und Fachoberschulreife (FOR) integrierende Schulform einzuführen**
12 **und durch diese Schulform die bestehenden Schulformen der Sekundarstufe I ohne**
13 **gymnasiale Oberstufe (Gesamtschulen ohne GOST und Realschulen) zu ersetzen.**

14

15 Begründung:

16 Die dramatisch rückläufigen Schülerzahlen im Land Brandenburg stellen die Schulver-
17 sorgung, die Schulentwicklungsplanung und die Sicherung der Qualität der Schulbildung
18 vor eine große Herausforderung:

19

20 **1. Die zu Beginn der 90er Jahre auf Grund von politischen Kompromissen eingeführte**
21 **Aufspaltung der Sekundarstufe in Gesamtschule und Realschule hat sich nicht bewährt.**
22 **Wie zuvor in den alten Bundesländern kam es trotz gleicher Rahmenpläne zu Wertun-**
23 **gen der Schulformen, die den tatsächlichen Leistungen der Schulen nicht entsprachen.**
24 **Unter Bedingungen der Stigmatisierung bestimmter Schulformen wird aber ein sachbe-**
25 **zogenes Anwahlverhalten der Eltern und eine vernünftige Schulentwicklungsplanung**
26 **erschwert.**

27

28 **2. Angesichts eines abzusehenden Rückganges der Schülerzahlen in den Schulen der Se-**
29 **kundarstufe I in den peripheren Regionen des Landes Brandenburg gilt es, insbesondere**
30 **im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler ein erreichbares, alle Bildungsgänge u m-**
31 **fassendes Bildungsangebot zu erhalten, das die Qualität schulischer Bildung und damit**
32 **der Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum sichert.**

1
2 **3. Weiterhin erfordern landesplanerische Aspekte und nicht zuletzt auch die Verantwor-**
3 **tung für eine umsichtige Finanzplanung die Bündelung von Ressourcen, wie sie durch**
4 **Zusammenführung der Schulformen unter einem neuen Dach im Rahmen der Weiter-**
5 **entwicklung der Schulentwicklungsplanung möglich ist. Die Entwicklung der Schüler-**
6 **zahlen im Land Brandenburg verringert den mittelfristigen Bedarf (bis 2007/2008) an**
7 **Schulen der Sekundarstufe I (Gesamtschule, Gymnasium, Realschule). Ersichtlich zum**
8 **Beispiel im Landkreis Oberspreewald-Lausitz, in der Region Senftenberg von derzeit**
9 **acht Schulen an drei Standorten auf etwa vier Schulen, in der Region Lauchhammer von**
10 **derzeit acht Schulen an fünf Standorten auf drei, maximal vier Schulen und in der Regi-**
11 **on Lübbenau/Calau/Vetschau von derzeit 7 Schulen an 3 Standorten auf ebenfalls 3,**
12 **maximal 4 Schulen. Die Gesamtzahl der Sek-I-Schulen reduziert sich damit dramatisch**
13 **von 23 auf 10 bis 12 Schulen. Um die Verteilung der Schulen und Schulformen auf die**
14 **Schulstandorte wird zwischen den Städten heftig gerungen werden. Dieser erfahrungs-**
15 **gemäß unsinnige und überflüssige ideologische Streit um Schulformen lässt sich durch**
16 **eine Steuerung des Landes und nachfolgend des Kreises durch Zusammenfassung der**
17 **Schulformen in Form der Sekundarschule im Vorfeld weitgehend eindämmen und auf**
18 **die leichter zu lösende Frage nach den Standorten der verbleibenden Gymnasien redu-**
19 **zieren.**

20
21 **4.** Die Sekundarschule ist die Schulform, die organisatorisch wie räumlich “unter einem
22 Dach” die Bildungsgänge zum Erwerb der erweiterten Berufsbildungsreife (EBR) und
23 der Fachoberschulreife (FOR) zusammenfasst. In ihrer integrativen Form bietet sie ein
24 Optimum an Leistungsdifferenzierung, Durchlässigkeit zwischen den beiden Bildungs-
25 gängen und damit an Chancengleichheit für die Schüler.

26 **Die Sekundarschule wurde als geeignete Lösung für die spezifischen Probleme der**
27 **Schulentwicklung und Infrastruktur im Land Brandenburg durch die Regierungskom-**
28 **mission der Landesregierung nach gründlicher Prüfung vorgeschlagen. Der Kommission**
29 **(unter dem Vorsitzenden Dieter Wunder, ehem. Bundesvorsitzender der GEW) setzte**
30 **sich aus Experten aller für die Schulentwicklung wichtigen gesellschaftlichen Interessen-**
31 **gruppen zusammen (neben Vertretern aller Fraktionen des Landtags, der Landesregie-**

1 **rung, der Eltern-, Lehrer- und Schülervertretungen die Vertreter des Landkreistages,**
2 **des Städte- und Gemeindebundes, der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sowie**
3 **der Wissenschaft an). Die 7 Empfehlungen der Kommission, deren Auftrag war, “Vor-**
4 **schläge zu unterbreiten, die auf den Erhalt eines erreichbaren, alle Bildungsgänge umfas-**
5 **senden Bildungsangebotes zielen, das die Qualität schulischer Bildung und damit der**
6 **Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum sichert” u-**
7 **nterstreichen klar den Vorrang der Sicherung der Qualität der Bildung vor dem Erhalt**
8 **von Schulstandorten. Diese beiden Anforderungen lassen sich, so die Empfehlung der**
9 **Kommission, am besten zu vereinen in der Zusammenfassung beider Bildungsgänge in**
10 **der Schulform “Sekundarschule”. Nur eine hochwertige Bildung sichert Chancengleich-**
11 **heit der Menschen und die Gleichheit der Lebensverhältnisse in den dünn besiedelten**
12 **Regionen des Landes.**

13

14 **Das Land würde mit einer solchen, dringend herbeizuführenden Lösung in hervorra-**
15 **gender Weise die Aufgabe einer intelligenten und vorausschauenden Schulentwicklung**
16 **erfüllen und einen unschätzbaren Beitrag zur Sicherung der Qualität der Schulbildung**
17 **und zur Wahrung des sozialen Friedens leisten.**

18

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni in Wittenberge

2 Antrag: C 5

3 Antragsteller: SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark

4

5

6 Thema: Beendigung des Schulversuchs mit „Schnellläuferklassen“

7

8 **Der SPD Landesparteitag möge beschließen:**

9

10 Der SPD Landesverband und die SPD Landtagsfraktion werden aufgefordert, angesichts verän-
11 derter Rahmenbedingungen (nachlassende Nachfrage und Erkenntnisse der PISA-Studie) die
12 Initiative zur Beendigung des Schulversuchs „Schnellläuferklassen“ zu ergreifen.

13

14 Zumindest darf der laufende Modellversuch nicht durch Änderung der Rahmenbedingungen (
15 z.B. Zulassung geringerer Klassengrößen) für die wissenschaftliche Auswertung unbrauchbar
16 gemacht und durch Sonderregelungen gegenüber dem Regelschulbetrieb (z.B. Mindestschüler-
17 zahlen als Voraussetzung gegen Schulschließung) übermäßig privilegiert werden.

18

19 Die angestrebte Schulzeitverkürzung soll über den in Kürze beginnenden, auf der sechsjährigen
20 Grundschule aufbauenden Modellversuch erprobt werden.

21

22

23 Begründung:

24 In mehr als der Hälfte der Schulstandorte des Schulversuchs „Schnellläuferklassen“ ist schon in
25 diesem zweitem Jahr des Versuchs nicht mehr die vereinbarte Mindestzahl von 25 Schülern pro
26 Klasse angemeldet worden. Die Anmeldungen konzentrieren sich im wesentlichen auf die berlin-
27 nahen Schulen.

28 Wegen der deutlich hinter den hochgesteckten Erwartungen der CDU zurückbleibenden Nach-
29 frage der Eltern nach diesem auf frühzeitige Selektion setzenden Modell der Schulzeitverkürzung
30 darf dieser Schulversuch keine weitere Ausweitung erfahren, eher ist seine vorzeitige Beendigung
31 anzustreben. Da der Modellversuch notwendige Konsequenzen aus der Ergebnissen der PISA –
32 Studie (Nachweis der überragenden Leistungsstärke heterogener Lerngruppen; starke soziale
33 Ungerechtigkeit des nach Jahrgangstufe 4 gegliederten deutschen Schulsystems) diametral ent-
34 gegensteht, außerdem eine Spaltung der Schulen im Speckgürtel bzw. im ländlichen Raum nicht
35 hingenommen werden kann, ist eine Fortführung des Versuchs nicht zu verantworten.

36

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni in Wittenberge

2 Antrag: C 6

3 Antragsteller: SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der SPD Landesparteitag möge beschließen:**

6

7 Der SPD Landesverband , die SPD Landtagsfraktion und die SPD Minister der Landesregierung
8 werden aufgefordert, sich jetzt nach der Anerkennung des Faches LER durch das Bundesverfas-
9 sungsgericht und der abzusehenden Beilegung des Verfassungstreites endlich entschieden für die
10 weitere Einführung des Faches LER einzusetzen.

11

12 Dies bedeutet konkret:

- 13 1. Zügige Fortsetzung und Abschluss der bisher nur zögerlich durchgeführten Einführung
14 des Faches LER in der Sekundarstufe I (Klassenstufen 7 -10)
- 15 2. Schrittweise Einführung von LER in der Grundschule (beginnend mit den Jahrgangsstu-
16 fen 5 und 6, wie bereits im Schulversuch erfolgreich erprobt.)
- 17 3. Unverzögliche Einrichtung des grundständigen Lehrstudiums für LER an der Uni Pots-
18 dam und Werbung von Studenten für die Ausbildung
- 19 4. Ausbau der berufs begleitenden Ausbildung in Form des Aufbaustudiums LER
- 20 5. Sicherung der Qualität des LER Unterrichts durch begleitende Fortbildungs- und Su-
21 pervisionsmaßnahmen
- 22 6. Zügige Erstellung des Rahmenplanes für das Fach LER
- 23 7. Entwicklung von Lehrbüchern und Unterrichtsmaterialien für LER

24

25

26 Begründung:

27 Sechs Jahre nach Einführung des Faches LER per Schulgesetz durch die SPD Regierung, der
28 eine über 5 jährige Erprobung des Faches vorausging, sind die Bedingungen für das von allen
29 Schulfächern am längsten erprobte, am gründlichsten evaluierte und als Reformprojekt und
30 Aushängeschild der Bildungspolitik der SPD in Brandenburg gepriesene Fach LER äußerst
31 unbefriedigend. Zunehmend erobert sie die PDS dieses politische Thema. Bis heute gibt es
32 kein Lehrerstudium für die Ausbildung des Nachwuchses an der Uni Potsdam. Die Zahl der
33 bislang per Weiterbildung gewonnen Lehrkräfte nimmt aufgrund der Überalterung schon
34 wieder ab. Bis heute also nach 6 Jahren Einführung, ist das Fach LER, obwohl als Pflichtfach
35 im Schulgesetz verankert, erst an 60 % der 7. Klassenstufen, 54 % der 8., 28 % der 9. und 6

1 % der 10. Klassenstufen der Sekundarstufe I eingeführt; in der Grundschule dem Schwer-
2 punkt der Ergänzung betrachteten konfessionellen Religionsunterrichts, bisher überhaupt
3 nicht. Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte sind wegen des mangels an speziellen Schul-
4 büchern und Unterrichtsmaterialien, wegen des immer noch nicht fertiggestellten Rahmen-
5 lehrplanes äußerst unbefriedigend.
6 Wenn LER nicht sukzessive verkommen und die SPD bildungspolitisch die Glaubwürdigkeit
7 verlieren soll, ist energisches Handeln und ein klares Bekenntnis zu Zukunft und Entwick-
8 lung des Faches LER notwendig.
9
10

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni in Wittenberge

2 Antrag: C 7

3 Antragsteller: SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark

4

5

6 **Thema: Klare rechtliche Trennung von kirchlichem Religionsunterricht und staatlichen**
7 **Unterrichtsfächern im Schulgesetz**

8

9

10 **Der SPD Landesparteitag möge beschließen:**

11

12

13 Der SPD Landesverband und die SPD Landtagsfraktion werden aufgefordert, in der aktuell zur
14 Beratung stehenden Änderung des Schulgesetzes (Umsetzung des Vergleichsvorschlags des
15 Bundesverfassungsgerichts) das Brandenburgische Schulgesetz so zu gestalten, dass auch künftig
16 die klare rechtliche Trennung von staatlichen (so genannten “ ordentlichen“) Unterrichtsfächern
17 und nicht – staatlichen Unterrichtsangeboten, d.h. freiwilligem kirchlichen Religionsunterricht
18 gewahrt bleibt.

19

20 Konkret heißt das:

21 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, die im Entwurf der Landesregierung enthaltene
22 Verordnungsermächtigung zur Regelung der Versetzungsrelevanz der Benotung kirchlichen
23 Religionsunterricht im parlamentarischen Beratungsverfahren zu streichen.

24 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, in diesem Punkt keine Kompromisse mit dem
25 Koalitionspartner CDU einzugehen.

26 Sollte sich die CDU einer solchen Lösung verweigern, ist ein definitiver Urteilsspruch des Bun-
27 desverfassungsgerichts in Karlsruhe anzustreben.

28 Begründung:

29 Die Versetzungsrelevanz der Benotung eines Unterrichtsfaches erfordert die Kontrolle der
30 Gleichwertigkeit der Benotung und der Qualität des Unterrichtsfaches durch die staatliche
31 Schulaufsicht. Der kirchliche Religionsunterricht soll aber in Brandenburg ein freiwilliges, nicht-
32 staatliches, von den Kirchen eigenständig zu gestaltendes und zu verantwortendes Unterrichts-
33 gebot bleiben.

34 Diese im Schulgesetz bisher deutlich geregelte Abgrenzung wurde zuletzt durch den Vergleichs-
35 vorschlag des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt, der die Frage der schulischen Bedeutung
36 einer möglichen Benotung im Religionsunterricht der Kirchen als politische Entscheidung dem
37 Land überließ.

1 Dem Drängen der Kirchen und der CDU, über eine versetzungsrelevante Benotung der Schüle-
2 rinnen und Schüler im Religionsunterricht den Kompromiss des Bundesverfassungsgerichts zu
3 unterlaufen und dem Religionsunterricht Schritt für Schritt den rechtlichen Status eines staatlich
4 organisierten und letztlich vollständig finanzierten, aber konfessionellen Pflichtfachs zu verschaf-
5 fen, muss mit der klaren Regelung des Schulgesetzes eine deutliche und dauerhafte Absage erteilt
6 werden.

7

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge

2 Antrag: C 8

3 Antragsteller: SPD-Unterbezirk Prignitz

4

5 „Der Landesparteitag empfiehlt den Aufbau einer Berufsakademie Prignitz (Staatliches Studien-
6 akademie) – Duales Studium als ein Instrument zur strukturpolitischen Förderung einer der
7 Randregionen des Landes Brandenburgs.

8

9 Begründung:

10 Mit der Berufsakademie Prignitz wird die Region Prignitz entscheidend strukturpolitisch geför-
11 dert. Die Abwanderung der Jugend kann reduziert und gleichzeitig Jugendliche in die Prignitz
12 ziehen.

13 Es wird wissenschaftlich-technisches Know-how aufgebaut und zur Verfügung gestellt.

14 Die beteiligte Wirtschaft vor Ort hat die Chance, an der Ausbildung im Rahmen der Berufsaka-
15 demie mitzuwirken und die Absolventen zu übernehmen.

16 Die Berufsakademie stellt ein wichtiges Signal für die Gewinnung von Investoren dar, weil sie auf
17 Absolventen zugreifen können, die eine hohe Kenntnis der beruflichen Praxis aufweisen und so-
18 mit praktisch keine Einarbeitungszeit nach dem Studienende benötigen, die Absolventen weiter-
19 hin eine hohe Fähigkeit zur Umsetzung von theoretischem Wissen in der Praxis aufweisen, über
20 Teamfähigkeit und Sozialkompetenz, Selbständigkeit, Motivation und Leistungsbereitschaft ver-
21 fügen, sowie auf Grund der dualen Ausbildung eine hohe Identifikation mit dem Unternehmen
22 haben, was eine hohe Verbleibsquote der Studierenden im Betrieb gewährleistet.

23 Die Abschlüsse an der Berufsakademie sind den FH-Abschlüssen fachlich gleichwertig. Es ist
24 kein Zusatzstudium erforderlich und die Studiendauer beträgt 3 Jahre. Zulassungsvoraussetzung
25 ist die allgemeine oder die entsprechende fachgebundene Hochschulreife.

26 Die Lehre an der staatlichen Studienakademie nehmen hauptamtliche Professoren und Lehrbe-
27 auftragte von Universitäten, Fachhochschulen und der beruflichen Praxis wahr.

28 Die Studierenden erhalten ihre Ausbildungsvergütung ganzjährig von den Unternehmen.

29 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge

30 Antrag: D 1

31 Antragsteller: SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark

32

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34

1 Die Landesregierung wird aufgefordert, eine klare politische Entscheidung gegen den Ausbau
2 des Teltowkanal zu treffen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das wirtschaftlich nicht
3 darstellbare und umweltpolitisch schädliche Projekt zu verhindern.

4

5 Begründung:

6 Nachdem das Landesumweltamt Brandenburg auf der Grundlage eines überarbeiteten Planfest-
7 stellungsbeschlusses der Wasser – und Schifffahrtsdirektion sein Einvernehmen zum Ausbau des
8 Teltowkanals und der Schleuse Kleinmachnow ohne Auflagen erteilt hat , soll noch im April
9 nach erfolgter Auslegung der Pläne mit der Ausschreibung für den Bau begonnen werden. Die
10 Klage des Landes Berlin gegen die Auswirkungen des VDE 17 auf die Berliner Stadtent-
11 wicklungs- und Verkehrsplanung wurde jüngst gerichtlich verworfen.

12 Bis heute haben trotz Aufforderung durch einen Landtagsbeschluss weder die Landesregierung
13 noch die Bundesregierung den Nachweis erbracht, dass das 50 Mio teure Projekt überhaupt und
14 in den geplanten Dimensionen von 190 Meter Länge wirtschaftlich notwendig ist bzw. verkehrs-
15 technisch gebracht wird. Die Planungen und die Bauabsichten der Bundesregierung reichen –
16 entgegen häufiger Behauptungen – in östlicher Richtung nicht über das Ziel des Berliner Osthafens
17 hinaus. Anbindungen an das Wasserstraßennetz Polens bzw. bereits die Verbindung über die
18 Oder sind technisch nicht realisierbar (Brücken als Hindernisse), zu kostspielig oder mit dem
19 europäischen Nachbar nicht abgestimmt.

20

21 Die für den Bau des VDE 17 nach wie vor erforderlichen Eingriffe in die sensible Landschaft von
22 Havel und Teltowkanal, die Abbaggerung von Wald- und Erholungsgebiet durch Kanalausbau
23 und Begradigung, die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und die weiterhin nicht widerlegte
24 Gefahr der Verschleuderung enormer Steuermittel sind vor diesem Hintergrund nicht zu akzep-
25 tieren.

26

1 SPD-Landesparteitag Brandenburg am 22. Juni 2002 in Wittenberge

2 Antrag: O 1

3 Antragsteller: Unterbezirk Dahme-Spreewald

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6

7 Der Landesvorstand wird aufgefordert ab 01.01.2003 die Struktur der hauptamtlichen Mitar-
8 beiter so zu verändern, dass ein Unterbezirksgeschäftsführer nur für einen Unterbezirk ein-
9 gesetzt wird und jeder Unterbezirk mit einer Geschäftsführerstelle ausgestattet wird.

10

11 Begründung:

12 Die auf einen Geschäftsführer entfallenden Aufgaben sind so vielfältig, dass eine ordnungs-
13 gemäße Geschäftsführung nicht möglich ist, wenn der Geschäftsführer nur an einigen Wo-
14 chentagen zur Verfügung steht.

15 Es ist unbedingt erforderlich, dass die UB-Geschäftstellen durchgängig besetzt werden.

16